



Aktuelle Entwicklungen in der EU – ZDH-Tagung in Brüssel

Köln, 8. Mai 2015

Ende April tagte in Brüssel der ZDH-Ausschuss Europa und diskutierte mit hochrangigen EU-Politikern über die künftige Ausrichtung zu Themen wie Wachstum, Investitionen, Digitaler Binnenmarkt und Energieunion. Das aktuelle ZDH-Arbeitspapier dazu stellen wir in Auszügen vor.

Der Juncker-Fonds

Die EU plant unter dem neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker ein ehrgeiziges europapolitisches Arbeitsprogramm. Herzstück ist die EU-Investitionsoffensive, um private und öffentliche Investitionen zu mobilisieren. Dazu ist ein Budget von 315 Milliarden Euro für die nächsten drei Jahre vorgesehen; 75 Milliarden sind für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und Mid-Caps (= Unternehmen mit einem Börsenwert zwischen 500 Millionen und zwei Milliarden Euro) eingeplant. Der Fonds für strategische Investitionen (EFSI), kurz „Juncker-Fonds“ genannt, soll in folgenden Bereichen wirken:

1. Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen
2. Digitaler Binnenmarkt
3. Energieunion und Klimaschutz
4. Binnenmarkt und Industriepolitik
5. Wirtschafts- und Währungsunion
6. Freihandelsabkommen
7. Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung

Aus Handwerkssicht ist die Investitionsoffensive grundsätzlich zu begrüßen. Konkret will man Wachstum und Arbeitsplätze schaffen, Arbeitnehmer besser qualifizieren, Schwarzarbeit bekämpfen und die Mobilität der europäischen Arbeitnehmer stärken. Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit sind geplant, im Fokus steht vor allem die hohe Jugendarbeits-

losigkeit. Ein weiteres Ziel ist ein vernetzter digitaler Binnenmarkt bis Ende 2019. Die Abschaffung der Roaming-Gebühren und mehr Kompetenzen in der digitalen Wirtschaft sind wichtige Punkte. Für das Handwerk kann dies Änderungen in den Geschäftsprozessen bedeuten, zum Beispiel beim Datenschutz und Online-Handel.

Die Energieunion setzt sich für das Verringern der Importabhängigkeit und Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen ein. Vor allem die Forderung nach einer nachhaltigen Energie-Versorgungssicherheit und mehr Energieeffizienz sind für Handwerksunternehmen relevant. Beschlossen wurde auch, die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) weiterzuführen, um den Euro stabil zu halten. Aus Sicht des Handwerks muss die EU eine Stabilitätsunion wettbewerbsfähiger Staaten werden. Eine gemeinschaftliche Haftung für die Schulden aller Euro-Staaten lehnt das Handwerk ab. Im Visier der EU-Kommission ist auch die legale Migration. Für das Handwerk insofern wichtig, um Flüchtlingen eine Ausbildung zu ermöglichen und so zur Fachkräftesicherung beizutragen. Derzeit ist der oft unklare politische Status der Flüchtlinge ein großes Hemmnis für Handwerksbetriebe.

EU-Transparenzinitiative

Die EU-Transparenzinitiative scheint in Brüssel auf der Agenda nach hinten gerückt. Dies verdeutlicht auch die Aussage von Daniel Calleja Crespo (Generaldirektor Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission): „Die Duale Ausbildung und der Meisterbrief sind für mich unabdingbare Voraussetzungen für Wachstum. Davon bin ich mehr denn je überzeugt!“ Doch auf der Arbeitsebene wird noch nach den alten Vorgaben gearbeitet: So fand Ende April die Evaluierung des Friseurhandwerks statt. Weitere Gespräche mit führenden EU-Politikern sind daher geplant. Trotz aller Bekenntnisse zum Meisterbrief empfiehlt sich weiterhin: „Wachsam bleiben!“